

Voller Tapezierer u. Portefeuller Zeitung

Organ
des Deutschen Sattler, Tapezierer u. Portefeuller Verbandes

Inferate kost. die viergesp. Nonp.-Zelle 40 Pf. Verlag und Redaktion: Berlin S.O. 16, Brückenstraße 10 b^{III} Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr. 2120 Erscheint alle 14 Tage

Die Lage in der Lederwarenindustrie.

Ein Blick in die Fachzeitschriften der Industrie und in die Tagespresse der Hauptfabrikationsorte zeigt uns, daß wir zurzeit wieder in einer Hochkonjunktur leben. Spricht man mit Fabrikanten oder mit diesen nachstehenden Interessenten über die Lage, so glaubt man uns gegenüber die Ansicht aussprechen zu dürfen, als wenn diese Hochkonjunktur nur sehr kurze Zeit anhalten wird. Wie lange sie anhalten wird, weiß schließlich keiner, daß aber die Industrie mit größeren Hoffnungen auf eine gewisse Stabilität rechnet, wie allgemein zugegeben, zeigen die vielen Inzerate der ersten Handelszeitungen. Hier werden Kapitalisten zu Vergrößerungen der Betriebe gesucht, dort einer oder zugleich mehrere Vertreter verlangt usw. Alles Zeichen eines größeren Vertrauens auf die Zukunft.

Für das deutsche Wirtschaftsleben erscheint es auffassend, daß eine ausgerechnete Luxusindustrie im Wiederaufleben geistlich mit an erster Stelle stand und daß viele Bedarfsindustrien erst später in Gang kamen.

Wie wir weiter aus den Anstrengungen auf den deutschen Messen sehen, sind wir auf dem besten Wege, uns den Markt wieder zu erobern, trotz der hohen Preislage der Fertigprodukte. Selten haben wir eine größere Gleichgültigkeit der verarbeitenden Industrie den steigenden Preisen der Rohstoffe gegenüber gesehen, als wie in unserer Industrie. Es hat fast den Anschein, als wenn man mit diesen hohen Rohstoffpreisen mitbedient. Zurzeit steht der Bedarf des Inlandes höher wie der des Exportes. Unsere Industrie muß aber zum größeren Teil auf Export eingestellt sein, wenn die Produktion als gesund bezeichnet werden kann. Soviel steht aber heute schon fest, daß der Lohnanteil an fertigem Produkt in seinem Verhältnis gegenüber den Friedensverhältnissen steht. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Lohnquote vor 1914 erheblich zu niedrig lag und heute um so mehr als ungenügend bezeichnet werden muß. Es soll zugegeben werden, daß hierbei starke Differenzierungen vorliegen. Es mag Kritik geben, welche auf bezahlt werden, auch ganze Betriebe mögen vielleicht ausreichende Verdienste erreichen, desto mehr überwiegt aber die Gegenseite, wo infolge der bezirklichen Lohnregulierung ein Lohnabau automatisch eingeleitet hat, der eine starke Unterbilanz aufweist.

Das Geschrei, daß die deutsche Lederwarenindustrie zu teuer produziere, daß der Lohn zu hoch, die Arbeitszeit zu kurz sei, glaubt heute ein wesentlicher Teil der Fabrikanten selbst nicht mehr.

Einsichtige Volkswirte der verarbeitenden Industrien — in der Schwerindustrie gibt es solche nicht — sehen schon seit langem auf dem Standpunkt, daß Deutschland nur gesunden kann durch Steigerung der Kaufkraft der breiten Masse. Bei niedrigen Löhnen und Gehältern werden wir die latenten Kräfte der deutschen Volkswirtschaft aber nicht beleben, sondern vollends zum Erliegen bringen.

Seit Bestehen der vier Verträge in der Lederwarenindustrie als Nachfolge des früheren Reichstaxis, also seit Herbst 1922, haben unsere Fabrikanten in der Lederwarenindustrie sich nur selten von einer angemessenen Großzügigkeit gezeigt. Wo einer dem anderen eine Brücke bauen konnte, um eine ungenügende Lohnzahlung herbeizuführen, hat er zugegriffen. Wie weit die Dinge gediehen waren, zeigte am 1. November 1923, wo Unterschiede von mehr als 100 Proz. in den Löhnen vorhanden waren. Die Stabilisierung hat einige Besserungen gebracht; aber dennoch müssen heute viele Schichten der in Frage kommenden Industrie mit Löhnen vorlieb nehmen, die als ein Skandal bezeichnet werden müssen. Namentlich liegen die Arbeiterlöhne auf einer Stufe, die man als tariflich geregelte Löhne zu bezeichnen sich schämen muß. Was soll ein Mädchen mit 2,50 Mk. und 3 Mk. pro Woche anfangen? Wie soll ein Arbeiter mit Familie bei 15,84 Mk. auskommen? Hiervon gehen noch Steuer und die sozialen Beiträge ab!

Die bevorstehenden Tarifbewegungen werden also in erster Linie Grundlagen zu schaffen haben, die eine einigermaßen auskömmliche Lohnregulierung gewährleisten. Schließlich sind Tarifverträge nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck. Wenn heute weite Kreise der Arbeiter sich den Geschmach an Tarifverträgen verhorben haben, so vornehmlich durch die unhaltbare Lohnpolitik der Arbeitgeber. Es wäre aber ein Unfinn zu glauben, daß Tarifverträge nur im Interesse der Arbeiter liegen. Die Arbeitgeber haben solche Tarifverträge nicht weniger nötig als die Arbeiter. Dafür den Nachweis zu führen, sollte wohl mehr als überflüssig sein.

Tarifverträge haben aber nur dann einen Wert, wenn die eingegangenen Bindungen als ein Akt freiwilliger Willensentscheidung zu bezeichnen sind und beide Kontrahenten das gleiche Interesse an der Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen haben.

Die Arbeitgeberpresse hat sich bisher in der Lederwarenindustrie zu den Tarifbewegungen noch nicht geäußert. Die Offenbacher Arbeitgeber nehmen allerdings Stellung zur Arbeitszeiterordnung und bezogen sich auch auf unser Organ. Was wir dort gelesen haben, konnten wir schon zwei Monate früher viel besser in den führenden Organen der deutschen Arbeitgeberpresse lesen. Soviel steht allerdings fest, daß der Verfasser des Sternartikels in Nr. 9 der „Deutschen Lederwarenindustrie“ sich in Widerspruch mit dem Reichsarbeitsministerium befindet, wenn er schreibt: „Auch tariflich (freiwillig oder durch Schiedsstiftungen) kann nicht nur in einzelnen Fällen und vorübergehend, sondern generell und auf Dauer von dem Achtstundentag abgegangen werden.“ Dr. Brauns erklärte demgegenüber im Reichstag anlässlich der Interpellationen der Sozialdemokraten: „Dem Reichsarbeitsministerium liegt nichts ferner, als die 10 Stunden der neuen Verordnung zur Regel zu machen.“ Wenn dieser Artikel, der scheinlich Redaktionsarbeit darstellt, als Duvettur für die Tarifverhandlungen Geltung haben soll, dann kennen wir schon heute das Finale. Jedenfalls dürfte eine Verständigung auf diesem so wichtigen Gebiet eines Tarifvertrags fast aussichtslos erscheinen, was wir bedauern würden. Doch warten wir ab.

Für heute dürfen wir am allgemeinen festhalten, daß unsere Mitgefühllichkeit sich wieder mit mehr Interesse an diese Vorgänge ansetzt, wie es z. B. bei der Tarifbewegung im Herbst 1922 der Fall war. Wir betrachten dieses als ein gesundes Zeichen. Dieses um so mehr, als politische Momente genügend im Hinterhalt liegen, den Arbeiter vom rechten Weg seiner Interessenvertretung abzuhalten. Wir haben bei den nunmehr bald stattfindenden Verhandlungen wieder einmal ein Auditorium, das den Vorgängen in unserer Tarifpolitik starkes Interesse entgegenbringt und für die Notwendigkeit der Stunde sehr wahrscheinlich auch die genügenden Vorbereitungen zu schaffen gewußt hat.

Wiedereinführung der sozialen Unterstufungen im Verband.

Eines der umstrittensten Gebiete der Gewerkschaftsrichtungen sind die sozialen Unterstufungen. Prinzipiell stehen die Arbeiter auf dem Standpunkt: „Übernahme der gesamten Arbeitervertretung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeitnehmer an der Verwaltung.“

Die Revolution brachte diese Forderung ein Stück vorwärts. Das Reichsamt für wirtschaftliche Erfüllung gab am 13. November 1918 eine Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge heraus, mit der die staatliche Unterstufungspflicht für die Erwerbslosen anerkannt wurde. Die grundlegenden Bestimmungen dieser Verordnung lauten:

§ 1. Zur Unterstützung von Gemeinden oder Gemeindeverbänden auf dem Wege der Erwerbslosenfürsorge werden Reichsmittel bereit gestellt.

§ 2. Die Gemeinden sind verpflichtet, eine Erwerbslosenfürsorge einzurichten, der sie nicht den Rechtscharakter der Armenpflege beilegen dürfen.

Damit glaubten die prinzipiellen Gegner der sozialen Unterstufungseinrichtungen in den freien Gewerkschaften den Zeitpunkt für gekommen, an dem man mit diesen Unterstufungseinrichtungen aufzuräumen habe. Dem Verbandstag der Tapezierer 1919, dem Berghelmungsverbandstag 1920 in Halle und auch dem letzten Verbandstag 1923 in Offenbach lagen Anträge vor, die sozialen Unterstufungseinrichtungen zu beseitigen und dafür die Streikunterstützung zu erhöhen. Trotzdem entschied die Mehrheit der Delegierten auf allen Tagungen auf Beibehaltung derselben.

Der Verbandstag in Offenbach brachte eine Neuregelung, durch welche eine gewisse Anpassung an die Inflation dadurch erstrebt wurde, daß man den Durchschnitt der letzten abgelaufenen zehn Wochenbeiträge bei Auszahlung der Unterstützung zugrunde legte. Durch die rapide Geldentwertung 1923 wurden nicht nur die Verbandsfinanzen auf das äußerste erschüttert, auch die ausgezahlten Unterstufungen verloren jede Kaufkraft. Die für die Auszahlung der Unterstützung aufgewandten Mühen und Unkosten standen in keinem gesunden Verhältnis mehr zu den ausgezahlten Beiträgen. So kam selbst aus den Reihen der Mitglieder der Ruf nach Einstellung der Auszahlung der Unterstützung.

Nach reiflicher Prüfung der Sachlage und nachdem andere Verbände auf diesem Weg vorausgegangen waren, hob der Vorstand gemeinschaftlich mit dem Ausschuss die sozialen Unterstufungen auf. Die Bekanntmachung in Nr. 42 Jahrgang 1923 der Verbandszeitung lautet:

„Durch die große Geldentwertung der letzten Wochen waren wir genötigt, einer Reihe von wiederholt gestellten Anträgen zu folgen, auf eine unbestimmte Zeit die Erwerbslosenunterstützung, das heißt die Arbeitslosen-, Kranken- und Reiseunterstützung sowie die Beerdigungsbeiträge aufzuheben. Den Ortsverwaltungen wurde durch Rundschreiben mitgeteilt, daß der 10. November der letzte Unterstufungstag ist. Sobald es die Verhältnisse gestatten, werden wir den alten Zustand wieder einführen.“

An den Schluß dieser Bekanntmachung knüpfen nun alle die Ortsverwaltungen und Kollegen an, die auf Wiedereinführung der sozialen Unterstufungen drängen. Diese Frage liegt nun nicht so einfach, daß man sie dadurch erledigen kann, indem der Vorstand mit dem Ausschuss beschließt, von einem bestimmten Datum an werden die aufgehobenen Unterstufungen wieder eingeführt. Schreiber dieses ist Anhänger der Wiedereinführung der sozialen Unterstufungen. Dieselben haben sich als Bindeglied zwischen Organisation und Mitalkedern durch lange Jahre gut bewährt. Alle Gegengründe, wie die Unterstufungseinrichtungen nehmen den Organisationsden Kampfcharakter, wir sinken zum Unterstufungsverein herab usw., sind durch lange gegenseitige Erfahrung widerlegt. Selbst die Berufung auf die staatliche Erwerbslosenunterstützung hat nicht mehr die Zusatzt wie noch vor Monaten. Der Abbau dieser Unterstufung, das Hintertreiben des Arbeitslosenfürsorgegesetzes durch die bürgerliche Mehrheit des Reichstages, die Handhabung der Verordnung über die Arbeitspflicht der Erwerbslosen, zeigen alle die großen Lücken, wo Erwerbslose und vielfach die besten Elemente in unseren Reihen ohne jede Unterstützung dastehen. Darin besteht eben der große Irrtum derer, die unsere sozialen Unterstufungen, besonders die Arbeitslosen- und Reiseunterstützung als Fremdbörper im Rahmen der Gewerkschaftsmittelglieder betrachten. Eine Unterstufung, selbst wenn sie nur einen Bruchteil des ausfallenden Lohnes ausmacht, trägt doch dazu bei den erwerbslos gewordenen Kollegen eine Zeitlang über Wasser zu halten. Sie wird ihm einen Rückhalt bieten, damit er sich nicht getrieben durch die äußerste Not, dem Unternehmer zu den traurigsten Lohn- und Arbeitsbedingungen zur Verfügung stellt.

Können wir die sozialen Unterstüßungen ohne weiteres wieder einführen? Diese Frage muß verneint werden, da zurzeit die finanziellen Voraussetzungen fehlen. Die zurzeit bestehende Form der Beitragsleistung ist ein Kind der Inflation. Es fehlt dem Vierklassensystem die Einbeziehung der Beiträge, wie sie früher bestand. Der Grundlohn: „Ein Stundenlohn ein Beitrag“ wird vielfach sehr lag behandelt. Die Anteile der Verwaltungsstellen am Beitrag sind bedeutend höher, wie vor der Inflation. Dadurch sind die gesamten Verbandsfinanzen auf eine andere Grundlage gestellt als vor dem Krieg. Als die Tapezierer 1903 die Einführung der Arbeitslosenunterstützung beschlossen, erhöhten sie zur Finanzierung dieser Unterstützung den Wochenbeitrag von 25 Pf. auf 50 Pf., als Einheitsbeitrag für alle männlichen Mitglieder. Die Unterstützungsbeiträge begannen erst, als alle Mitglieder zweimonatlich Wochen lang die erhöhten Beiträge gezahlt hatten. Als dann 1918 zum Vierklassensystem übergegangen wurde, war der Uebergang in die Unterstützungsstufe der höheren Klasse von 10 auf 25 Pf. Beiträgen in dieser Klasse abhängig. Wenig anders waren die Bestimmungen beim Sattlerverband und später beim Sattler- und Portefeuller-Verband.

Was damals als Grundlage für die Einführung der sozialen Unterstützung maßgebend war, müssen wir auch heute noch als richtig anerkennen, wenn wir nicht von vornherein die Durchföhrung der sozialen Unterstützungen gefährden wollen.

Verringerung der Beitragssätze wobei mindestens auf das vom Verbandstag in Halle beschlossene Geschäftsplan zurückzugehen ist. Wenderung der Beitragsleistung dahin, daß der Stundenlohn der Satz ist, der an die Hauptklasse abzuführen ist. Fortsetzung einer Karenzzeit für Wiedereinföhrung der Unterstützung zur Ansammlung einer Reserve. Festsetzung einer Karenzzeit für den Uebergang in höhere Unterstützungsstufen. Das dürfte die Voraussetzungen sein, unter denen die vielen Wünsche auf Wiedereinföhrung der sozialen Unterstützungen verwirklicht werden können.

Die vorhandenen und erreichbaren Mittel werden voll und ganz zur Durchföhrung der sich notwendig machenden wirtschaftlichen Kämpfe und der ebenso notwendigen Aufklärungsarbeit gebraucht.

Neben den Anhängern der Wiedereinföhrung der sozialen Unterstützungen stehen die Kollegen, die an der vollständigen Ablehnung festhalten. Diese Jellen sollen die Anregung geben, soweit die wirtschaftlichen Kämpfe freie Zeit dazu lassen, diese Frage zu debattieren. Zeigt es sich dann, daß das Bedürfnis zur Wiedereinföhrung wirklich ein derart großes ist, wie es aus den zahlreichen Zuschriften an die Zentrale hervorgeht, so müssen Mittel und Wege gefunden werden, um die Voraussetzungen zur Wiedereinföhrung zu schaffen.

Denen aber, die ihre Verärgerung über die Suspension der sozialen Unterstützungen an der Organisation auslassen, möchte Schreiber dieses den Rat geben, das oben Gesagte eingehend zu prüfen und mit zu raten und zu raten. Oberster Grundlag muß dabei bleiben, daß wir nur Wege betreten können, die der Organisation und ihren Zielen zum Vorteil gereichen.

Warum wollen die Unternehmer den Achtstundentag nicht?

Mannigfaltige Erfahrungen und wissenschaftlich gepriüfte Beobachtungen haben zweifelsfrei festgestellt, daß die Einführung des Achtstundentags keine dauernde Einschränkung der Produktion, sondern im Gegenteil nach einem vorübergehend kurzen Rückgang, was bei jeder Umstellung beizuföhlen ist, eine erhebliche Steigerung der Produktion zur Folge hatte.

Es ist gewiß von Interesse, daß selbst die Schweizer Eisenbahner diese Erfahrung gemacht haben. 1918 wurden bei 11tündlicher Arbeitszeit rund 38 000 Personen beschäftigt. Bei Einführung des Achtstundentags stieg diese Zahl zunächst auf 40 000, um dann wieder zurückzugehen. Im Dezember 1923 betrug die Zahl der Beschäftigten nur noch 38 000, die in achtstündiger Arbeitszeit die gleiche Arbeit leisten wie die 38 000 früher in elfstündiger.

Selbstverständlich werden technische Verbesserungen und bessere Organisation dieses Resultat mit herbeigeföhrt haben. Aber, werden denn diese Verbesserungen nicht gerade zu dem Zweck erdacht und eingeföhrt, um die Gesamtarbeit zu vergrößern und ergiebiger zu gestalten?

Gegen diese Wirkung des Achtstundentags kann sich demnach der Woll der Unternehmer nicht richten; sie müssen also noch andere Ursachen vorhanden sein, warum man den Achtstundentag so sehr haßt. Und in der Tat, sie sind da. Erinnern wir uns an jene Zeit der Hochkonjunktur für Metallarbeit. Die Unternehmer konnten nicht genug Arbeitskräfte aufstellen, um die Aufträge zu bewältigen. Aus allen möglichen Berufen wurden Arbeiter für die Rüstungsindustrie eingekleidet und angetan. Die Löhne stie-

gen, qualifizierte Arbeitskräfte wurden geradezu prämiert. Die Unternehmer stritten sich förmlich um gute Arbeitskräfte und überboten sich in Lohnangeboten. Wer seine Stellung wechseln wollte, brauchte sich nicht zu sorgen, daß er lange nach neuer Arbeit suchen müsse.

Es kam die Zeit der Demobilisierung und Umstellung der Produktion. Nach verhältnismäßig kurzen Intervallen der Arbeitslosigkeit setzte die Inflationsperiode ein, begleitet von zeitweilig länger oder länger anhaltenden Konjunkturen. In ihrem Gefolge hatten wir die sich ständig wiederholenden Lohnverhandlungen mit allen ihren Uebelständen.

Mit der Stabilisierung unserer Währung setzte eine neue Periode ein, die Reservearmee der Arbeitslosen vermehrte sich, die Kurzarbeit zog breite Schichten der Kollegen in Mitleidenschaft. Die Unternehmer fanden wieder Gelegenheit Ausmusterung zu halten. Die weniger qualifizierten Arbeitskräfte werden abgestoßen und die gut qualifizierten werden weiter beschäftigt.

Man sagt sich wahrscheinlich nun, der Profit wird sich besser steigern lassen, wenn die ausgewählten, qualifizierten Arbeitskräfte täglich statt 8 Stunden deren neun arbeiten müssen. Gleichzeitig wird an sozialen Unkosten gespart, z. B. Krankentagebeiträge usw. Außerdem schreit das Gespöst der Arbeitslosigkeit auch den qualifizierten Arbeiter, so daß er, um seine Arbeitsstelle zu behalten, sich mit geringerer Lohn abfindet und wohl auch noch eine unwürdige Behandlung mit in den Kauf nimmt.

Es sind also, bei Licht besehen, rein egoistische Unternehmerinteressen, die den Antur des gesamten Unternehmertums gegen den Achtstundentag verursacht haben und die auch in erster Linie die Unternehmer unseres Berufs beherrschen.

Es kann nicht bestritten werden, daß Zeit und Umstände den Unternehmern dabei sehr zustatten kommen. Deutschlands prekäre Wirtschaftslage, keine Reparationspflichten allein schon genügen dem oberflächlichen Betrachter zu der Behauptung, die Arbeitszeit müsse verlängert, der Achtstundentag beseitigt werden.

In unserem Beruf liegt nicht der geringste Anlag vor, den Achtstundentag abzuschaffen. Die Produktion in unseren verschiedenen Branchen kommt beim Achtstundentag, bei angemessener Verteilung der Gewinnrate, sehr wohl zurecht.

Deutsche Wirtschaft und Aufbau.

Wer den Zustand in den Lozungszeiten liest, der gegen den Achtstundentag gerichtet ist und verzöcht damit die Artikel über die deutsche Industrie, über Bank- und Börsewesen, dem kann nicht entgehen, daß zwischen diesen Schilderungen recht trasse Widersprüche haften! Einmal stellt man die Dinge so dar, als ob die deutsche Wirtschaft am Erliegen sei, wenn nicht der Achtstundentag beseitigt wird, um im gleichen Augenblick an anderer Stelle das Gegenteil zu betonen.

Anläßlich der Leipziger Messe, die Anfang März stattfand, brachte die Presse Ausschitte über den Zustand unserer Industrien, der auf einen geradezu glänzenden Stand der Unternehmungen schließen läßt. So wurde ausgeföhrt, daß die Währungsreform in der Wirtschaft das Wohlgeheim von Angebot und Nachfrage allenthalben wieder hergestellt habe. Um dieses aber ganz umfassend zu ermitteln, dazu sei die Messe in Leipzig das vollkommenste Instrument. Gleichzeitig sei sie der untrügliche Gradmesser der Konjunktur und das Barometer der Weltwirtschaft.

Das sind keine leeren Worte. Wer die ungeheueren Vorbereitungen auch nur oberflächlich kennt, die gemacht wurden von den Trägern und Repräsentanten der deutschen Wirtschaft, dem muß klar werden, welche gewaltige Kraft und Macht in dieser Wirtschaft verankert ist. Allein in der Innenstadt gibt es an hundert Messpaläste, dazu kommen die Ausstellungshallen in der Nähe des Böttcher'schachtens, wo die Baumeister und Techniker Messe paaciert sind. Trotz aller Neubauten kann die Nachfrage nach Ausstellungsräumen schwer befriedigt werden. Jetzt hat man auch den geräumigen Kristallpalast als Messehaus hinzugenommen. Eine Gruppe von Ausstellern hat sich in der Bahnhofstraße auf eigene Kosten ein Ausstellungshaus geschaffen. An der Leipziger Messe nahmen ungefähr 15 000 Aussteller teil; die Zahl der Messebesucher ist mehr denn zehnfach größer, sie besteht überwiegend aus Einkäufern.

Diese Einkäufer kommen aus allen Ländern der Welt zusammen, gewiß der beste Beweis dafür, welche Bedeutung die deutsche Wirtschaft ganz allgemein in der Weltwirtschaft besitzt. Es muß natürlich auch erwähnt werden, welche Bedeutung dieser Wirtschaft zuzumutet als Konsument von Rohstoffen und Material, die von den Ausländern bezogen werden müssen. Von dem Umfang dieser Messe kann man sich kaum einen rechten Begriff machen, wenn man sie noch nicht besucht hat. Zurzeit stehen circa 275 000 Quadratmeter Ausstellungsfläche in Benutzung.

Herr Mäner-Beipzig hat in einem Mess-artikel den Ursachen nachgespürt, die zu Klagen über Nachforderungen der deutschen Verkäufer im Auslande geföhrt haben. Vor allem war es der bekannte Sturz der Mark, der eine sichere Preisstellung unmöglich machte. Die Qualität habe gelitten, weil es an den nötigen Rohstoffen fehlte und Surrogate verwendet werden mußten. Auch die Arbeitererschaft konnte bei ihren geschwächten Kräften nicht das früher übliche Maß an Arbeit leisten. Lohnverhandlungen und Streiks hätten weiter die rechtzeitige Lieferung der Ware verzögert. Herr Mäner gibt zu, daß auch Fälle vorgekommen sind, wo Lieferanten gegen Treu und Glauben verstoßen haben. Solche wird es immer geben, sie stehen auch bei der Arbeitererschaft nicht gut angeschrieben, die es immer vorzieht, mit ehrenhaften Reichem zu tun zu haben. Gegen die Gerüchte, daß viele Kreise der deutschen Wirtschaft darauf hinarbeiten, die „Stabilität“ aufs neue zu zerstören, wendet sich Herr Mäner. Es wäre das ganz unlogisch, denn jedes Unternehmen habe ein Lebensinteresse daran, daß wieder normale Verhältnisse eintreten. Wenn dem so ist, dann ist es nur einträulich, daß diese Kreise sich solange Zeit an die Inflationsmishwirtschaft festgekammert haben und alle Veruche, früher zur Stabilität zu gelangen, sabotiert haben.

Dann heißt es wörtlich: „Der Arbeiter ist zufriedener, da er seinen Lohn nicht mehr entwertet erhält. Mit dieser inneren Zufriedenheit steigt auch die Arbeitsfreudigkeit. Viele Kreise der Arbeitererschaft sehen heute ein, daß wir ohne Mehrarbeit das Vertrauen des Auslandes nicht wieder erringen können. Endlich sind wir wieder in der Lage, Qualitätsarbeit zu leisten, weil uns wieder gestattet ist, nur solche Arbeiter zu beschäftigen, die ihren Posten auch ausfüllen.“

Wenn dieses alles richtig wäre, dann sieht Herr Kommerzienrat Mäner die Dinge eben mit den Augen des Unternehmers, bei dem der Wunsch der Baier des Gebantens ist.

Der denkende Arbeiter hat trotz aller schlechten Behandlung und Bezahlung immer mehr Arbeitsfreudigkeit bewiesen als von Unternehmerseite anerkannt wird. Diese Arbeitsfreudigkeit würde sich noch gewaltig steigern, wenn die Unternehmer nicht so flechtlich in der Lohnzahlung wären und die Hand vom Achtstundentag weglöhen.

Statt dessen erleben wir jetzt wieder, daß trotz der unzureichenden Löhne die Preise für alle Bedarfsartikel inst. der Lebensmittel erneut hochgezogen werden. Raum ist den Agrarern zullebe die freie Wirtschaft eingeföhrt, erhebt der Landbund sofort das alte Geschrei nach Schutzzöllen und Einfuhrverboten. Die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte sind den Unterfütlichen noch nicht hoch genug.

Die reaktionäre Welle, die augenblicklich wieder über das deutsche Volk flutet, gibt diesen Beuten die Veranlassung zu ihrem Vorgehen. Unterstützt wird der Landbund in diesem Vorgehen direkt durch die Preisconventions- und Monopolwirtschaft der Industriezweige. Eisen, Rohle, Düngergalze, alles muß mit Preisen bezahlt werden, die im Verhältnis zu den Herstellungskosten als außerordentlich gewinnbringend gelten.

So sehen wir in Unternehmertreuen das Umgekehrte eintreten. Während die Arbeitererschaft sich einfügt in die Notwendigkeiten, die der Produktionsprozeß erfordert, ist das Unternehmertum drauf und dran, das bisshen Kredit, was jetzt im Auslande für Deutschland vorhanden zu sein scheint, erneut frivol zu zerstören. Kaum scheint das Schwerkste überstanden, so schwillt ihnen schon wieder der Ramm, und der Uebermut zögert Lazen, die uns nur die Verachtung des Auslandes eintragen können. Die Habgucht macht die Menschen toll und blind.

Handwerkslehrling und Sozialrecht.

Ueber die Stellung des Lehrlings im Arbeitsrecht herrschen ganz naturgemäß bei den Arbeitern entgegengesetzte Auffassungen wie beim Unternehmer.

Aller modernen Entwicklung zum Trotz glauben die Unternehmer ein Recht darauf zu haben, die heranwachsende Jugend bis in alle Ewigkeit als billigste Arbeitskraft für sich beanspruchen zu können. Krampfhaft verteidigen sie die Auffassung, der Lehrling sei kein Arbeiter, sondern ein Jöbling, der vier Jahre seines Lebens so gut wie umsonst für sie Arbeit zu leisten habe. Die handwerklichen Organe propagieren unermüdblich die Auffassung, daß die Vergütungsstufe, die an die Lehrlinge zu zahlen sind, nicht durch Tarifvertrag rechtswirksam geregelt werden können. Leider findet diese Auffassung die Unterstützung des Reichsarbeitsministers. Denn Tarifverträge, die diese Frage regeln, sind in diesem Teile seit geraumer Zeit nicht für verbindlich erklärt worden.

Die Handwerker sprechen dem Reichsarbeitsminister jedes Recht ab. Eine Entscheidung in der Frage, ob tarifliche Regelung des Lehrvertrages nach der Verordnung vom 23. November 1918 möglich ist, zu treffen. Hierzu wären nur die ordentliche Gerichte

berufen. Ebenfalls wären die Schlichtungsausschüsse berufen, Streitigkeiten aus dem Bezugsverhältnis zu behandeln. Man beruft sich dabei auf gewisse Urteile vom Frankfurter und Darmstädter Landgericht. Demgegenüber stellen sich aber eine ganze Anzahl anderer Gerichte auf den Standpunkt, daß der Lehrvertrag sozialrechtlich als Arbeitsvertrag zu behandeln sei, unter anderen das Landgericht in Dresden und Hamm i. B.

Kein Mensch, der die neuzeitliche Entwicklung der Arbeitsverhältnisse in unserer Wirtschaft ohne Voreingenommenheit einer objektiven Prüfung unterzieht, kann behaupten wollen, daß die von den Handwerkerkreisen vertretene Auffassung in dieser Zeit noch irgendwelche Berechtigung habe. Das alte mittelalterliche Verhältnis zwischen Meister, Geselle und Lehrling ist gründlich befeitigt, es besteht nicht mehr, nicht einmal färgliche Ueberreste sind vorhanden bis zu den Lehrlingen. Es ist doch ein grober Anflug, bei den heutigen Zuständen in den Betrieben die Arbeitstraf jugendlicher Arbeiter vier lange Jahre hindurch fast ganz umsonst ausbeuten zu wollen und den Arbeiterkern die ganze Last der Ernährung, Kleidung, Bildung und Erziehung allein aufzuhängen.

Es bedarf kaum vieler Worte, um die schon so oft behandelte Frage in ihrer furchtbaren Tragweite wieder in Erinnerung zu bringen.

Wir vermiffen auch, daß unsere Gewerkschaften und unsere Parteivertrere dieser Frage die ihrer Bedeutung entsprechende Beachtung schenken. Gewiß hat man in den Kommissionen, wo diese Fragen behandelt werden, gefessen und alles getan, was möglich war, um die Gefahr abzumenden. Allein die Propaganda in den Massen, ihr Interesse für die Wichtigkeit dieser Fragen ist nicht genügend gewest worden.

Durch die Verordnungen auf Grund des Ausnahmezustandes wird nun den Richtern eine große Macht in die Hände gegeben, die leicht noch mehr zugunsten der Lehrlingsverhältnisse sich auswirken kann. Denn wir müssen berücksichtigen, wo die meisten dieser Richter eingestellt sind, aus welchen Kreisen sie stammen, in welchem Milieu sie leben. Die Forderung der Handwerker, daß nur den erdentlichsten Gerichten die Entscheidung in Lehrlingsangelegenheiten zustehe, hat deshalb eine ganz besondere Bedeutung.

Vom Recht der Arbeiter.

Die Firma Karl Adoa Lederfabrik L. G. in Arnswald hatte den Betriebsrat ermächtigt, seine Zustimmung zur Einführung der 57-stündigen Arbeitszeit zu geben. Sieben dort beschäftigte Treibriemer wurden am 24. Januar k. J. von der Firma entlassen, weil sie die eingeführte 57-stündige Arbeitszeit nicht anerkannten. Gestützt auf den Reichsarbeitsgesetz für die Treibriemerindustrie und die bestehende 14tägige Kündigungsfrist verklagten unsere Verbandsmitglieder die Firma beim Gewerbegericht. Durch Urteil vom 6. Februar verurteilte dieses die Firma zur Zahlung des Lohnes für die 14tägige Kündigungsfrist.

Aus der Begründung des Urteils ist hervorzuheben, daß dem Arbeitgeber gemäß § 3 der Arbeitszeitverordnung wozu das Recht zusteht, nach Anhören des Betriebsrats von sich aus die Arbeitszeit an 10 Tagen im Jahr auf täglich 10 Stunden festzusetzen, daß ihm dieses Recht aber nur soweit zusteht, als er durch eine entsprechende Vereinbarung nicht daran verhindert ist. An sich gelte schon der allgemeine Grundsatz, daß vertragliche Vereinbarungen gesetzlichen Bestimmungen vorgehen, sofern diese eine Abweichung zulassen. Der § 3 cessante abweichende vertragliche Vereinbarungen, insofern vereinbart werden darf, daß derselbe nicht zur Anwendung kommen soll.

Daß auch die Arbeitszeitverordnung die vertraglichen Vereinbarungen den gesetzlichen Bestimmungen vorgehen lassen will und daß dieses auch bezüglich solcher Vereinbarungen gelten soll, die vor dem Inkrafttreten der Arbeitszeitverordnung abgeschlossen sind, geht aus dem § 12 hervor, der eine Kündigung von Tarif- und Arbeitsverträgen, die eine geringere als nach der Verordnung zulässige Arbeitszeit vorsehen, zuläßt. Es sollen also derartige Verträge trotz der Verordnung auch in Bezug auf die Arbeitszeit gelten. Um aber den Arbeitgebern die Möglichkeit zur Anwendung der Arbeitszeitverordnung zu geben, wird ihnen eine Kündigung gestattet. Solange eine vertragliche Vereinbarung in Geltung ist, eine Streikung der Arbeitszeit nach § 3 nicht möglich. Im vorliegenden Falle besteht eine solche tarifliche Vereinbarung, daraus folgt, daß ein Grund zur fristlosen Entlassung der Arbeiter nicht vorliegt, da die Arbeiter länger als 8 Stunden am Tage zu arbeiten, nicht als unberichtigte Arbeitsverweigerung, sondern lediglich als die Behauptung eines vertraglichen Rechtes anzusehen ist.

Die Beklagte mußte daher die 14tägige Kündigungsfrist einhalten. Dieses Urteil ist sehr wichtig und verdient größte Beachtung im Kampf um den Achtstundentag.

Leistungsfähige Industrieverbände.

In unseren Mitgliederkreisen gibt es auch einige Individualisten, die da glauben, es genüge schon, sich zu einem großen Industrieverband zu verschmelzen, dann müßten sich alle Wünsche erfüllen lassen. Gegen diese Auffassung wendet sich in seiner Nr. 9 „Der Schuhmacher“, das Organ des Schuhmacherverbandes, das Wort „Leistungsfähig“ sei ein schlaues berechnetes Täuschungsmanöver. Man sollte sich hüten, aus der Zusammenlegung allein auf größere Leistungsfähigkeit ohne weiteres zu schließen. Die Streits und Lohnbewegungen werden nach wie vor die gleichen Kosten verursachen wie jetzt. Die Verwaltung wird in Sektionen gestiebert werden müssen mit sachverständiger Leitung. Im unteren Beamtensapparat und vielleicht durch Zusammenlegung der Verbandsorgane könnten wohl einige Mark gepart werden. Es sei aber zu beachten, daß selbst die „Metallarbeiterzeitung“ darauf hingewiesen hat, daß das Fachorgan des kleineren Berufsverbandes und der Eigenart des Berufs am besten dienen kann.

Wie man aus diesen Ausführungen ersehen kann, beurteilt auch das Organ des Schuhmacherverbandes die Frage der Industrieverbände sehr kühl und sachlich.

Immer sollte man sich bei der Stellungnahme zu dieser Frage klar machen, wo die größere Leistungsfähigkeit im Interesse der Mitgliederkreise vorhanden ist. Keineswegs darf man sich in solchen Fragen von suggestiven Reden und dadurch erzeugten Stimmungen beeinflussen lassen. Das Wohlwollen der Mitglieder in jeder Beziehung zu fördern, muß unser Ziel bleiben.

Daß wir in dieser Zeit des Durcheinander, wo leistungsfähige Unternehmer meinen, sie könnten den Arbeiter wieder den Daumen in die Augen drücken, an manchen Plätzen Mißstände aller Art finden, ist nur zu erklärlich. Sicher wären solche auch da, hätten wir den idealsten Industrieverband. An Beispielen fehlt es nicht, wir dürfen uns nur umsehen. Wie sieht es z. B. in der Metallindustrie aus, mit der unsere Autofabrik doch in vielen Betrieben verquidelt sind? Wenn mal in diesem oder jenem Betriebe etwas nicht stimmt, soll man sich nur nicht gleich so anstellen, als wenn der Industrieverband ein Alibiinstrument dagegen sein könnte. Wo man am tauesten danach ruft, ist sicher etwas faul bei den Käufern selbst.

Die Grundbedingung eines leistungsfähigen Industrieverbandes wird immer sein und bleiben, daß jeder Beruf zunächst für sich selbst auf das Beste organisiert ist.

Keine Not an Lehrlingskandidaten.

Wieder ist die Zeit da, wo viele Knaben ihre Schulzeit beenden. Da legen sich Eltern und Vormünder die Frage vor, was soll der Junge werden? In heutiger Zeit sind fast alle Berufe überfüllt und bieten wenig günstige Aussichten für eine gezielte Zukunft des Nachwuchses. Einige Berufe haben bereits Sicherungsmaßnahmen gegen Ueberfüllung durch übermäßige Lehrlingszucht getroffen.

So lesen wir auch in der „Offenbacher Abendzeitung“ einen Bericht, daß fast sämtliche Firmen der Lederwarenindustrie auf Grund des Tarifvertrages zum Osterquartal keine Lehrlinge einstellen dürfen. Trotzdem sind beim Berufsausschuß circa 100 Knaben bereits als Anwärter auf Lehrstellen vorgemerkt. Unser Verband hat festgestellt, daß eine sehr große Anzahl von Firmen ihre Lehrlingshöchstzahl bereits überschritten hat; diese müssen gesperrt werden.

Der Andrang zur Lederwarenindustrie ist seit Jahren sehr stark, weil viele glauben, es würden sofort hohe Löhne verdient. Das ist natürlich eine Illusion. Der Verdienst lautet auch hier kaum um Leben. Die Industrie bietet übrigens nur besten Arbeitern sichere Existenz, jede Krise wirkt alle minderwertigen aufs Vloster.

Die Lehrlingsentschädigung beträgt im ersten Jahre 2,47 M., ist also sehr gering.

Vorsicht bei Stellungswechsel.

Erst in Nr. 5 haben wir darauf aufmerksam gemacht, daß in unserer Zeitung auch Firmen inserieren und Gehilfen suchen, bei denen die Lohn- und Arbeitsbedingungen alles andere nur nicht lobenswert sind. Wir könnten in allen Fällen, wo uns dies bekannt gemacht wird, die Aufnahme solcher Inserate ablehnen und haben das auch schon des öfteren getan. Allein, was erreichen wir damit? Wir erreichen höchstens, daß diese Firmen ihren Bedarf an Arbeitkräften in anderen Blättern inserieren und so indifferenten Berufsgenossen die Arbeitsplätze besetzen.

In allen Betrieben, wo solche miserablen Lohn- und Arbeitsverhältnisse bestehen, müssen die Kollegen sich fest zusammenschließen und Wege beschreiten, um die Mißstände zu beseitigen. Dies ist in kleinen Blättern nicht immer ganz leicht, das ist richtig. Sind die Kollegen aus eigener Kraft nicht in der Lage, Ab-

hilfe zu schaffen, dann muß die Ortsverwaltung, eventuell der Bezirks- oder Gauleiter, der Arbeiter- oder Gewerkschaftsleiter am Ort, zum Beistand herangezogen werden.

Nur nicht latentlos zusehen, wenn Unternehmer schlechte Lohn- und Arbeitsbedingungen einführen und sich damit abfinden. Jeder muß sein Recht zu erkämpfen wissen, diese Binsenwahrheit wird viel zu wenig beachtet, viele Kollegen sind viel zu gleichgültig, um sich erst lange in geistige Unkosten zu stürzen. Erwacht! Müht euch! Jeder muß ein Mitkämpfer werden, sonst kann es nicht besser werden auf der ganzen Linie!

Beschwerden dieser Art liegen uns wieder vor aus Nordhausen über das dortige Germaniawerk J. Münch u. Co. aus Arnstadt. Th. über die Firma Rudolf Leoy, Automobil-Fabrik.

Seit Jahren brachten wir ständig einen Mahnruf, bevor man an einem anderen Ort in Stellung tritt, möge man sich erst bei der betreffenden Ortsverwaltung über die Zustände erkundigen, die bei der Firma herrschen, wo man in Arbeit treten will. Alle diese Hinweise werden leider wenig beachtet, weil die meisten Ortsverwaltungen es selbst verabsäumen, den Mitgliedern die Beachtung dieser Selbstverständlichkeiten anzuzeigen. Das wäre viel wirksamer im Interesse einer Herbeiführung erträglicher Lohn- und Arbeitsverhältnisse, als wenn man in den Kollegen allerlei Illusionen erweckt, und sie über die nächstliegenden konkreten Aufgaben hinwegführt.

Der wahre Klassenkämpfer achtet in erster Linie darauf, daß er nicht zu unwürdigen Bedingungen seine Arbeitskraft, Gesundheit und Leben hin gibt. Er trägt aber auch nach Kräften dazu bei, daß sein Verbandsorgan so bald wie möglich wieder in die Hände möglichst aller Kollegen gelangen kann. Denn was nützen uns alle unsere Propagandamittel, wenn sie nicht an die Kollegen gelangen, die wir mit unserem Willen erfüllen müssen?

Rundschau.

Die große Sturzflut der deutschen Geldwirtschaft wird in folgender Tabelle sinntentfänglich dargestellt:

Datum	Baumart	Zeitraum
Juli 1914	1 Goldmark	1
Januar 1920	1 "	100 Monate
3 Juli 1922	1 "	100 "
21 Okt. 1922	1 "	1 000 Tage
31. Jan. 1923	1 "	10 000 "
24. Juli 1923	1 "	100 000 "
8. August 1923	1 "	1 000 000 "
7. Sept. 1923	1 "	10 000 000 "
3. Okt. 1923	1 "	100 000 000 "
11 Okt. 1923	1 "	1 000 000 000 "
22 Okt. 1923	1 "	10 000 000 000 "
3. Nov. 1923	1 "	100 000 000 000 "
20. Nov. 1923	1 "	1 000 000 000 000 "

Die Inflationszeit ist hoffentlich zu Ende und wir können und müssen von vorn anfangen mit dem Aufbau der Verbandsstellen. Die Verbandsmitglieder werden einsehen, um was es geht, und alles hinter sich lassen, was unsere Kraft schwächen kann. Es gilt neu aufzubauen, was zerstört ist, damit unsere Berufsgenossen geschützt werden können vor Willkür und Uebermut des Unternehmertums.

Das Internationale Arbeitsamt wird im Juni eine Konferenz in Genf veranstalten. Diese soll sich mit folgenden Fragen befassen:

1. Wie die Arbeiter ihre freie Zeit ausnützen sollen.
2. Die gleichmäßige Behandlung der einheimischen und fremden Arbeiter beim Arbeitsunfall.
3. Wöchentlich 24 Stunden Betriebsinstellung bei gewissen Arten Kasafabrikation.
4. Nachtarbeit in den Bäckereien.

Um das Reichstagswahlrecht. Der Abgeordnete O. Rucke macht Propaganda für eine Wahlrechtsänderung; das jetzige Reichstagswahlrecht leidet keiner Ansicht nach an dem Mangel, daß es keine Nachwahlen zuläßt. In England könne kein Minister im Amt verbleiben, wenn er in der Wahl unterliegt und nicht in einer Nachwahl ein Mandat erhält. Nach R. sollen 300 Wahlkreise mit 400 Abgeordneten geschaffen werden. Jede Partei erhält soviele Abgeordnete, wie nach der im ganzen Reiche abgegebenen Stimmen auf sie entfallen. Die Kandidaten, welche die höchsten Stimmen erhalten, sind in jedem Wahlkreis gewählt. Bei dieser Struktur wären jederzeit Nachwahlen möglich.

Auch das Zentrum verlangt eine Änderung des jetzigen Wahlrechts.

Rucke verlangt eventuellen Volksentscheid, falls der Reichstag die Wahlreform nicht durchführt.

Verbandsnachrichten.

(Besanntmachungen des Vorstandes der Ortsverwaltungen.)

In der Woche vom 16.-30. März ist der 12. und 13. Wochenbeitrag fällig. Es ist Ehrensache, „Verbandsbeiträge und Extrabeiträge“ rechtzeitig zu entrichten.

Hohe Beiträge stärken die Kampfkraft und sichern deinen Anspruch auf Unterstützung im Falle des Kampfes.

Bist du dein Verbandsorgan? Wenn nicht, bist du ein lässiges Mitglied und brauchst dich nicht zu wundern, noch darfst du dich beklagen, wenn die andern Kollegen es nicht besser treiben. Gehe selbst mit gutem Beispiel voran und begeistere die Gleichgültigen mitzutun, dann kommt deine Organisation auch wieder vorwärts! Denn die Organisation bist du, in ihr spiegelt sich der Grad deines Interesses, deiner Intelligenz, deiner Mitarbeit!

Auf Antrag der Ortsverwaltung Hamburg wird das Mitglied Willi Saubert auf Grund des § 4 Abs. 2 aus dem Verbandsausgesehen.

Die Hauptverantwortung.

Bücherschau.

H. Fehlinger: Internationale Sozialpolitik. Die Internationale Arbeitsorganisation und ihre Ergebnisse. Verlag des DGB, Berlin, Inselstr. 6. Preis 4 Mk. Auf 210 Seiten schildert der Verfasser dieses Wertes die Entwicklung und den Werdegang der internationalen Organisation der Arbeit in 20 verschiedenen Einzelspielen. Die Frage des Arbeiter-

schutzes ist erst in jüngster Zeit richtig zur Anerkennung gelangt, nachdem jahrzehntelang in mühevollen Ringen die Wege dafür geebnet waren. Als eigentlicher Vater dieser Bestrebungen wird der Engländer Robert Owen mit Recht genannt, doch verlangt es die Gerechtigkeit, auch der gewaltigen Arbeit von Marx und Engels, Lassalle, wie überhaupt aller Derer zu gedenken, die sich eingesetzt haben für den Schutz der Arbeiter. Erst im Jahre 1906 gelang es, die Regierungen dahin zu bringen, daß sie an einer in Bern tagenden Arbeiterschulkonferenz teilnahmen, wo das Verbot der Verwendung von weißem Phosphor in der Zündholzfabrikation und der Nachtarbeit für Frauen beschlossen wurde. Aber erst im Jahre 1919 kam es in Paris in 35 Sitzungen zu einer festen Grundlage einer internationalen Arbeitsorganisation, die auch am 11. April 1919 zu einem Bestandteil der Friedensverträge gemacht wurde. Zurzeit gehören nicht weniger als 57 Staaten der Internationalen Arbeitsorganisation an. Leider ist es nicht möglich, des näheren auf die Einzelheiten dieser Organisation einzugehen. Es kann aber nicht dringend genug zur Anschaffung und eingehendem Studium dieser Schrift geraten werden. So mancher geht heute mit einem Aufseufzen, wenn nicht mit völliger Gleichgültigkeit über die Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamts hinweg. Er wird anderen Sinnes werden, wenn er erst Einblick gewonnen hat in die Tätigkeit dieses Instituts. Steier Tropfenfall höhlt auch den härtesten Stein aus, so ist es auch mit der zielbewußten Arbeit im Dienst des Arbeiterschutzes und der Freiheit.

Verjammlungskalender.

Dortmund, 28. März.
Köln a. Rh., Mittwoch, den 26. März, abends 7 Uhr, Volkshaus: Volksversammlung.

Lohnbewegungen und Streiks.

In Berlin streiken die Plan- und Zeltmacher, in Hamburg, Koburg die Wogenmacher und in Magdeburg die Treibriemenmacher.

Auf den Werften in Bremen, Hamburg, Kiel, Lübeck und Wilhelmshaven sind unsere Kollegen mit ausgesperrt.

In Magdeburg streiken die Tapezierer, in Hannover die Bedenarbeiter.

Haltet Zugzug fern!

Adressenveränderungen.

Veranstalt. 1. Thür. Vorj.: Friedr. Dehne, Uhrmacher Str. 5. Kass.: Walter Licht, Jählersbauern, Hauptstr. 45.

Schweinfurt. Vorj.: Ernst Heilmann, Niederwernerstr. 3, part.

Sterbetafel.

Berlin. Am 18. Februar Karl Fiegele, Sattler, 75 Jahre alt. Am 27. Februar Konrad Steffen, Koffermacher, 46 Jahre alt. Am 10. März Richard Teßloff, Treibriemenmacher, 61 Jahre alt. Dresden. Willi Wöhner, Sattler, 28 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Rundschnurfattler

(Vorarbeiter), welcher eine tadellose Rundschnur selbständig mit genauer Kalkulation herstellen kann, für dauernde Stellung gesucht.

Leder- und Riemenwerke Gebr. Reerint A. G., Frankfurt a. M. - Bonumstr.

Tüchtige Sattler

auf Holzboffer, Sult cases und Maulbügeltaschen gesucht.

M. Wapmann, Kofferfabrik, Hannover.

Großere Treibriemenfabrik Westdeutschlands (unbefestetes Gebiet)

sucht erfahrenen, tüchtigen

Riemenmeister.

Nur Herren, die nachweislich bei ersten Firmen tätig waren, mit Klemmentenschiff, Kalkulation und Abrechnungen vollkommen vertraut sind, werden ausschließliches Angebot einreichen. Bei außerordentlicher Leistung Dauerstellung.

Leder- und Riemenwerke

Gebr. Reerint, Dresden, Westf.

Tüchtiger Sattler

in der Gamaschenfabrikation bewandert, sofort nach Süd-Deutschland gesucht. Angebote unter D. A. 24.

Tüchtiger, jüngerer

Treibriemenmacher

nach Hannover gesucht, selbiger muß die Fabrikation von Chromgarnen Reibriemen verstehen und mit der Drahtnahmaschine Bescheid wissen. Der Posten bietet einer arbeitsfreudigen und umsichtigen Kraft Aussicht auf gutes Fortkommen. Angebote mit Angabe der bisherigen Tätigkeit und wenn möglich mit Zeugnisabschriften erbeten an Frau H. G. Meyer, G. m. b. H., Hannover; Götterstraße 1.

Wir suchen zum möglichst sofortigen Eintritt

30 Spezialisten

auf Hundesportartikel.

Germania-Werk, Nordhausen, Abteilung Hundesportartikel.

Suche zum sofortigen Eintritt

mehrere tüchtige, erstklassige Portefeuille,

die auf Damentaschen gut eingearbeitet sind. Nur erste, kurz entschlossene Kräfte wollen sich melden.

J. Wilhelm Steinfühler, Lederwarenfabrik, Aachen.

Erfahrener Zusneider

für Pferdegeschirre und Reitausrüstungen, gewandte Rautmacher für englische und Arbeitsstunkte und Meister für Stirnbandfabrikation und Portefeuillearbeiten in Dauerstellung sofort gesucht. Best. Angeb. unt. L. C. 2719 an Rudolf Mosse, Chemnitz erbeten.

Größere südd. Gamaschenfabrik

sucht sofort

Sattlermeister.

Nur Energische, mit der Fabrikation von Spaltgamaschen durchaus Vertraute wollen sich melden unter S. A. 1875 an Rudolf Mosse, Stuttgart.

Lederarbeiter.

Suche für meine Spezialwerkstätte besserer Ledermöbel mehrere befähigte

Gehilfen.

Nur solche, die in der Herstellung besserer Stuhlmöbel Erfahrung haben, wollen sich melden.

M. Heimann, Büßrath, Ahd.

Lohgare Madras-Rippe

in verschiedenen Sortenarten für

Sattlerzweck

und zum Zurichten, laufend jede Menge günstig abzugeben.

Alfred Diebmann A. G., Leder-Import, Mannheim K. 1. 13/13.

Gesucht zum sofortigen Eintritt in dauernde Stellung bei gutem Lohn:

10 Portefeuille

(Schul-, Brief-, Schultaschen etc.)

10 da. für Bügelstaschen und

Nachmittags etc.

10 da. für Kofferwerkzeuge.

H. Otto W. Bredius, Sattler- und Lederwarenfabrik, Lübeck, 29/32.

Zwei tüchtige Sattelmacher

für Dauerstellung gesucht.

Otto Koberstein, Sattlerwarenfabrik, Camsberg a. W., Nischstraße 14 / Grenzstr. 68.

Tüchtige Sattler

auf Lederkoffer und Maulbügeltaschen sofort gesucht.

Gustav Wolfers,

Lederwarenfabrik, Magdeburg, Zeltchemnenstraße 5.